

Bayern liefert Blaupause für Faschisierung der Polizei

Erklärung der MLPD Bayern gegen das Polizeiaufgabengesetz (PAG)

Die CSU-geführte Landesregierung Bayerns hat einen Gesetzesentwurf für eine Änderung des Polizeiaufgabengesetzes vorgelegt. Damit würden demokratische Rechte weiter abgebaut. Die darin enthaltenen Änderungen dienen der weiteren Faschisierung des Staatsapparats. Bereits jetzt hat Bayern das schärfste Polizeigesetz in Deutschland, welches beispielsweise unbefristete Präventivhaft ermöglicht. Zentral ist in dem neuen Entwurf der Begriff der „drohenden Gefahr“. Damit muss die Polizei keine konkrete oder unmittelbar bevorstehende Gefahr mehr belegen, sondern kann mit dem sehr allgemeinen, schwammigen Begriff der „drohenden Gefahr“ eine ganze Reihe von vorbeugenden Maßnahmen ergreifen.

Strafrechtsexperte Hartmut Wächtler, Mitbegründer des Republikanischen Anwaltsvereins, spricht von „Machtbefugnissen, wie es sie seit 1945 nicht gegeben hat“. Eine Konsequenz aus dem Wüten der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) des Hitler-Faschismus war, dass die Polizei und Nachrichtendienste nach dem II. Weltkrieg getrennt wurden. Dieses Trennungsgebot wird seither ständig verletzt und ausgehöhlt. So beim Verbot der KPD in den 1950er-Jahren oder seit 2004 im „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ). Die Trennung von Polizei und Geheimdiensten ist eine wichtige Lehre aus dem Kampf gegen den Faschismus, die verteidigt werden muss.

Vielzahl an Befugnissen

Zu den neuen Befugnissen nach Wunsch der offen reaktionären CSU-Landesregierung gehören:

- Das Aufzeichnen von Versammlungen und automatische Erkennungsverfahren, auch wenn keine unmittelbare Gefahr droht, beispielsweise Gesichtserkennung
- „Gefährder“ (nach Einschätzung der Polizei) dürfen bis zu drei Monate, mit richterlicher Genehmigung unbegrenzt verhaftet werden - das ist "Vorbeugehaft"!
- Unbefristete Aufenthaltsverbote: Die Polizei könnte demnach auch zum Wohnortwechsel zwingen
- Der präventive und verdeckte Eingriff in Post und Telekommunikation, auch Manipulation.



Rebellisches Musikfestival – 18. - 20. Mai 2018

2016 war das Festival neben tollen Bands geprägt von der internationalen Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf, der Solidaritätsbewegung mit Geflüchteten und antifaschistischen Protesten. Auch der Kampf um Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die Rettung der Umwelt, Kampf gegen Sexismus und Drogen und für eine befreite Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung haben ihren festen Platz!

- Die erweiterte DNA-Analyse zur Feststellung von Haut- und Augenfarbe sowie Geschlecht
- Der Einsatz von Explosivstoffen wie Handgranaten und von Drohnen zur Überwachung
- Der Einsatz von V-Männern und verdeckten Ermittlern soll ohne richterlichen Beschluss möglich werden
- Die Übermittlung von personenbezogenen Daten an nichtöffentliche Stellen (Geheimdienste) soll erleichtert werden
- Der besondere Schutz der Wohnung wird für Asylbewerberunterkünfte aufgehoben.

Bayern liefert Blaupause für Faschisierung der Polizei

Erklärung der MLPD Bayern gegen das Polizeiaufgabengesetz (PAG)

Auch wenn die Herrschenden diese Gesetze in der Öffentlichkeit demagogisch mit der „Terrorismusgefahr“ begründen, könnten diese Maßnahmen tatsächlich auf jegliche „Gefahr“, seien es Proteste, Streiks oder Demonstrationen angewendet werden. Allein die Existenz dieser Gesetze soll einschüchtern.

Ein Teil des Rechtsrucks der Regierungen
Das neue Polizeiaufgabengesetz hat längst nicht nur Bedeutung für Bayern. Mitte 2017 wurde beschlossen, dass das Bundesinnenministerium ein neues Musterpolizeigesetz entwirft, an dem sich die Bundesländer orientieren sollen. Dafür ist nun der frühere bayrische Ministerpräsident und jetzige Scharfmacher in der Bundesregierung, Horst Seehofer, zuständig. Der Begriff der „drohenden Gefahr“ findet sich auch in einem Gesetzesentwurf für Nordrhein-Westfalen und ist keine Erfindung aus Bayern. Das Bundesverfassungsgericht

hatte ihn 2016 in seinem Urteil zum BKA-Gesetz zugestanden und ihm somit grundsätzliche Bedeutung gegeben.

Das ordnet sich ein in den Rechtsruck der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die einen umfassenden Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten und eine Faschisierung des Staatsapparats betreiben, wie wir es gegenwärtig in der Kriminalisierung der Solidarität mit Efrin erleben. Diese Linie geht von führenden deutschen Übermonopolen wie der Deutschen Bank aus, wie die Kontokündigungen gegen die MLPD zeigen.

Die Kritik am geplanten Polizeiaufgabengesetz formiert sich unter dem Stichwort NoPAG. Dagegen fanden schon verschiedene Demonstrationen statt.

Für den 10. Mai ist eine bundesweite Demonstration in München geplant und weitere dezentrale Aktionen sind in fast allen bayerischen Orten geplant.

MACHT MIT BEIM INTERNATIONALISTISCHEN BÜNDNIS: GEGEN DEN RECHTSRUCK DER REGIERUNG!

Das Bündnis wurde 2016 gegründet und ist seitdem auf 23.000 Unterstützer und Trägerorganisationen angewachsen. Antifaschistische, klassenkämpferische, internationalistische, ökologische und revolutionäre Organisationen und Einzelpersonen haben sich gleichberechtigt und auf überparteilicher Grundlage zusammengeschlossen.
www.interbuendnis.de

Emil Bauer Sprecher der MLPD-Bayern:

"Obwohl das Gesetz erst im Mai beschlossen werden soll. Hören wir öfter davon, dass es schon zur Anwendung kommt. Besonders der kurdische Befreiungskampf steht im Visier. Es soll einschüchtern und eine Kriminalisierung vorbereiten. Wir fordern die Absetzung des 'Polizeiaufgabenneuordnungsgesetzes'. Keine Faschisierung des Staatsapparats! Rücknahme des 'Gefährder-Gesetzes', der Paragraphen 114 und 129a/b! Gegen den Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten! Wir rufen gemeinsam mit vielen weiteren Kräften, wie Anwälten, ver.di und GEW München sowie vielen linken, demokratischen und fortschrittlichen Organisationen und Parteien aus Bayern zum Protest dagegen auf."

Jetzt Mitglied der MLPD oder des REBELL werden!

Ich möchte ...

- ein persönliches Gespräch
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Dauerspender/in werden
- 2 Ausgaben (kostenlos) des 14-tägigen Magazin Rote Fahne
- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- das Parteiprogramm der MLPD
- Mitmachen im Internationalistischen Bündnis

Bitte persönlich abgeben oder im Umschlag an:
Zentralkomitee der MLPD,
Schmalhorststraße 1c, 45899 Gelsenkirchen.

Name:

Vorname:

Straße / Hausnr.:

PLZ / Ort:

Vi.S.d.P & Kontakt:

Arnold Schuster, Rudi-Seibold-Str. 18, 80689 München, Tel. 089/4709347,
mlpd-muenchen.de, bayern@mlpd.de

Member of
ICOR

 **MLPD**

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands